



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VII/272 - 25.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Absage an die Demokratie ?	S. 1
Spanien und die UNO	S. 3
Die SPD in indischer Sicht	S. 5

## Bad Ems und die Folgen

P.R. Der Parteitag der FDP in Bad Ems wird für lange Zeit ein denkwürdig-verhängnisvolles Datum, in der Parteiengeschichte der deutschen Nachkriegszeit bleiben, auch wenn die Überfahrenen in ihr selbst die beruhigende Parole ausgeben: Abwarten. Er wurde zum markantesten Einschnitt einer Entwicklung, die sich immer sichtbarer in Richtung auf eine Erneuerung antidemokratischen Denkens und Handelns bewegt.

Das Echo des Kongresses ist in dieser Hinsicht im In- und Auslande absolut einheitlich, auch wenn nachträglich von interessierter Seite versucht wird, das Ergebnis als einen Kompromiß zwischen der liberalen und der national-reaktionären Richtung hinzustellen, was im politischen Effekt keinesfalls zutrifft. Zwei Bundesminister, darunter der Vizekanzler, waren anwesend und an den Verhandlungen maßgebend beteiligt. Aber den Sieg errang eine Gruppe, deren Programm von dem in aller Welt bekannten Nazispreeker Fritzsche entworfen worden ist und das das peinliche Fremdwort Demokratie kein einziges Mal erwähnt. In der Tat zweifelt niemand mehr ernsthaft daran, daß es nur noch "eines weiteren schneidigen Anlaufs bedarf, um die letzte liberale FDP-Hürde im Rechtsgalopp niederzureißen" - wie eine große süddeutsche Zeitung schrieb.

Die FDP soll nach dem Willen seiner Freunde eine "nationale

Sammlungsbewegung rechts von der CDU" werden, hat Dr. Middelhaue, der neue Mann in der FDP-Führung, erklärt. Nun wäre das Vorhandensein einer starken Rechtspartei für die junge deutsche Republik gewiß kein Schaden, wenn es sich dabei um eine moderne Partei mit aufrichtigem demokratisch-republikanischen Grundbekenntnis anmelden würde, wie sie etwa die Tories in England darstellen. Nach der Vorführung in Bad Ems kann davon nicht die Rede sein. Wie schon die dritte Regierungspartei, die DP, in Goslar ihre ganz unverhohlene Neigung auf die Wiederbelebung nationalsozialistischer Gedankengüter konzentrierte, (das man höchstens von den bösesten Schlacken der Hitlerei zu befreien willens war), so hat jetzt auch die FDP sich für diese Linie entschieden. Angeführt wird sie dabei von Männern, wie Middelhaue, Euler, Rechenberg und den in der Wolle braungefärbten Leuten im Hintergrund, die endlich die Stunde ihrer Rückkehr in den Staatsapparat auf dem Wege über eine ministrable Partei kommen sehen.

Den letzten Anstoß zu dieser Entwicklung gab das Verbot der SRP, um deren Wählerreservoir ein würdeloses Wettrennen eingesetzt hat. Das ist auch einer der Hauptgründe, weshalb es einstweilen nicht zu der Fusion der FDP mit der DP kommen wird. Aber zweifellos ist es die Hoffnung der bestimmenden Kreise in der FDP, eines Tages auch die Führung über diesen Teil der Rechten zu übernehmen, ebenso wie über die zahllosen mehr oder weniger anonymen Gruppen und Grüppchen gleicher geistiger Beschaffenheit.

Vielleicht hat all' das, so bedenklich es auf den ersten Blick erscheinen mag, aber auch sein Gutes: Die Grenze zwischen Freunden und Gegnern der Republik wäre klar gezogen. Das würde auch dazu beitragen, daß im Lager der zuverlässigen bürgerlichen Anhänger des jungen demokratischen Staates die notwendige Besinnung auf das Wichtige und Wesentliche eintritt: Zusammenschluß aller Kräfte, denen es mit dem Aufbau einer lebensfähigen Demokratie ernst ist gegen die heimlichen Verächter der Demokratie und die kaum noch stillen Verehrer einer staatlichen Lebensform, die Deutschland in die Katastrophe geführt hat.

Spanien in liberaler Aufmachung

Von unserem r.w.-Mitarbeiter

Spanien - wie seinerzeit Horthy-Ungarn - ein Königreich ohne König und diktatorisch regiert, ist nunmehr feierlich und mit großer Mehrheit in die Kulturorganisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden. Kein Zweifel, daß für diese Aufnahme weniger sachliche als diplomatische Gründe maßgebend waren. Der kalte Krieg verwirrt die Begriffe und läßt als einziges und ausschlaggebendes Argument nurmehr die Frontstellung gegen den Kommunismus gelten.

Diese Frontstellung aber ist irreführend und politisch schädlich, wenn sie nicht auf der begründbaren Basis der Opposition demokratischer Gesinnung und demokratischer politischer Ordnung gegen den Totalitarismus erfolgt. Wie schädlich diese falsche Frontstellung auf kulturpolitischem Gebiet wirkt, zeigt die Demission bekannter kulturpolitischer Persönlichkeiten Frankreichs und Belgiens unmittelbar nach der "für die Zukunft der UNESCO verhängnisvollen" Abstimmung. Man begibt sich bedenkenlos der Mitarbeit bedeutender Männer des Geistes, der Wissenschaft und der Kunst, um den Diktator Spaniens auf dem Umwege der zur politischen Spekulation herabgewürdigten Kulturpolitik in die Atlantikfront einzureihen.

Bezeichnender noch als die Demission bekannter Mitarbeiter aus Belgien und Frankreich ist die Erklärung der bisherigen spanischen Mitarbeiter der UNESCO, daß sie nicht gewillt sind, im Verein mit den Vertretern der derzeitigen Machthaber Spaniens tätig zu sein. Unter ihnen sind im internationalen Maßstab bekannt: Salvador de Madariaga und Pablo Casals. Ihre Demission ist mehr als ein persönlicher Akt der Opposition; sie versinnbildlicht die Tatsache, daß der Bürgerkrieg von 1936-1939 nicht nur gegen die spanische Republik als demokratische Organisation des spanischen Staates, sondern auch gegen Kunst, Wissenschaft und Geist geführt worden war.

In weiser Voraussicht, daß der kulturpolitischen Einwände gegen die Aufnahme Spaniens in die UNESCO viele waren, hat der spanische Botschafter de Casas Rojas vor der Abstimmung eine Erklärung abgegeben, die Franco-Spanien als den wahren Ausdruck geistiger Liberalität

hinstellt; im Übrigen solle man nicht vergessen, daß Spanien den wilden Völkern von Lateinamerika einst das Schreiben und Lesen beigebracht hat. Der Graf von Casas Rojas bewegt sich vermutlich in Gesellschaftskreisen, in denen er keine Gelegenheit hat, den Stand des Analphabetismus in Spanien näher zu prüfen. Vorsichtshalber werden darüber auch keine Statistiken aufgestellt.

Es gibt in der Welt auch Diktaturstaaten, in denen man sich bemüht, zumindest das Lesen und Schreiben allen Bewohnern des Landes beizubringen. Spanien gehört nicht zu ihnen. Kaum vierzehn Tage vor der Erklärung des Grafen von Casas Rojas konnte man im Regierungssender Radio Nacional hören, daß Volksbildung als Dynamit wirke und daher nur mit großen Einschränkungen vermittelt werden solle. Diese von offiziöser Stelle gegebene Erklärung über das Volksschulwesen in Spanien spricht alleine schon Bände.

Die privilegierten Volksschichten aber, denen es gelingt, die Barriere des Analphabetismus zu überwinden oder die als gelernte Arbeiter notgedrungen geschult werden müssen, finden auf Fachschulen, auf Gynasien und Universitäten nicht nur den Zwang eines von der Staatspartei "Falange" geleiteten "politischen" Unterrichts, sondern überdies die Bindung an eine dogmatisch-religiöse Schulung in der Staatsreligion, die weder kritisiert noch auch nur vernachlässigt werden darf. Und was schließlich die Bücher angeht, deren Einfuhr der Graf de Casas Rojas so liberal freistellt, so muß festgestellt werden, daß die bekanntesten Werke der französischen Literatur von Voltaire bis Anatole France, von den Modernen ganz zu schweigen, in Spanien ebenso wenig verkauft werden können, wie etwa die Werke des längst verstorbenen, aber zu Lebzeiten republikanisch gesinnten, spanischen Schriftstellers Blasco Ibañez.

Wie ein derart beschaffener Staat an dem kulturellen Austausch und der Förderung von Wissenschaft und Volksbildung, die das Ziel der UNESCO bilden, mitwirken soll, das ist das Geheimnis jener Regierungen, die aus diplomatischen Opportunitätsgründen dem Beitritt Franco-Spaniens zustimmten.

### Die SPD in indischer Sicht

Der Sekretär des außenpolitischen Ausschusses der Sozialistischen Partei Indiens, M.S. Gokhale, bereiste kürzlich die Bundesrepublik. Seine Eindrücke hinterließ er in einem Brief, den wir auszugsweise veröffentlichen. Er ist bereiter Ausdruck der Bewunderung, die die indischen Sozialisten den Leistungen der deutschen Sozialdemokratie zollen:

"Schweren Herzens verlasse ich Deutschland. Während der sechs Tage, die ich in Deutschland verbrachte, wurde ich von der Herzlichkeit und Wärme, die mir meine Freunde entgegenbrachten, förmlich überwältigt. Bonn und Dortmund und daran anschließend Hannover und Berlin sind für mich eine mehr als wertvolle Erfahrung gewesen.

Wenn ich mich in Berlin umsah, tauchten unwillkürlich die Ereignisse aus den Tagen der Blockade dieser Stadt in meiner Erinnerung wieder auf. Ich musste auch an das denken, was die Durchschnittsberliner in jenen Blockadetagen gewöhnlich sagten: "Na ja, wir müssen uns damit abfinden, aber wir sollten uns auch nicht beeilen, denn warum sollen wir jetzt aufbauen? Nur damit es später leicht wieder zerstört wird?"

In der Zwischenzeit hat sich jedoch förmlich ein Wunder ereignet. Die Sozialisten Berlins haben die Initiative ergriffen und Berlin ist ein leuchtendes Beispiel der Willens- und Schaffenskraft der Sozialistischen Bewegung.

Nach mehr als fünfzehn Jahren einer aufgezwungenen Untätigkeit sind die deutschen Sozialisten wieder da. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es bei den Sozialisten ausserhalb Deutschlands Mode geworden war, die deutschen Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung zu tadeln. Nur der Abstand zu den tatsächlichen Verhältnissen der damaligen Zeit erklärt es, dass die Auffassung, Hitler sei auf den Schultern der Sozialdemokraten zur Macht gekommen, ein Echo finden konnte. Denen, die heute noch an diese Legende glauben, sollte man sagen: "Geht doch nach Deutschland und seht Euch richtig um!"

Die deutschen Sozialdemokraten mit ihren unsäglichen Leiden und ihren lebenden Märtyrern waren damals dem Untergang nahe. Aber schon heute hat der sozialistische Geist in Deutschland einen Aufschwung genommen, dass er nicht nur stark genug ist, die Sowjets aus Deutschland zu vertreiben, sondern auch noch für ganz Europa einen Ausweg zu finden.

Möge der Geist Berlins und der der Sozialdemokraten Deutschlands blühen, zum Wohle der Menschheit".

+ + +

#### Sperrzone wird erweitert

(sp) Nach Informationen des Ostbüros der SPD werden in den Bezirken Suhl, Magdeburg und Schwerin Vorbereitungsarbeiten für die Ausdehnung der Sperrzone an den Grenzen der DDR von 5 km auf 15 km getroffen. Dieser Massnahmen soll ein bisher noch nicht veröffentlichter Beschluss der Sowjetzonenregierung zu Grunde liegen.

---

Verantwortlich: Peter Raunau